

Haushaltssatzung der Gemeinde Stelle-Wittenwuth für das Haushaltsjahr 2024

Aufgrund des § 77 der Gemeindeordnung sowie § 25 Grundsteuergesetz und § 16 Gewerbesteuergesetz wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 27.11.2023 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 wird

| | | |
|----|--|---------------|
| 1. | im Ergebnisplan mit | |
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 1.613.600 EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 1.664.400 EUR |
| | einem Jahresüberschuss von | 0 EUR |
| | einem Jahresfehlbetrag von | 50.800 EUR |
| | einer Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage nach § 26 Absatz | |
| | 1 Satz 2 GemHVO zum Haushaltsausgleich | 50.800 EUR |
| | einem Jahresergebnis unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage | 0 EUR |
| 2. | im Finanzplan mit | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 1.612.800 EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 1.616.800 EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der | |
| | Finanzierungstätigkeit auf | 2.000 EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der | |
| | Finanzierungstätigkeit auf | 167.400 EUR |
| | festgesetzt. | |

§ 2

Es werden festgesetzt:

| | | |
|----|---|---------------|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und | |
| | Investitionsförderungsmaßnahmen auf | 0 EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 EUR |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 0,48 Stellen. |

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern werden nach § 25 Grundsteuergesetz und § 16 Gewerbesteuergesetz wie folgt festgesetzt:

| | | |
|----|---|-------|
| 1. | Grundsteuer | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 225 % |
| | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 225 % |
| 2. | Gewerbesteuer | 340 % |

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin ihre oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 2.500 EUR.

Stelle-Wittenwuth, den 27.11.2023


.....
- Bürgermeister -